

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Wolfgang Roth MdB zur Krise auf den internationalen Finanzmärkten: Freie Warenmärkte brauchen feste Geldbeziehungen.

Seite 1

Heinrich Klein MdB zum Wahlrecht der im Ausland lebenden Deutschen: Viel Lärm um (fast) nichts.

Seite 3

Rezension:

Dr. Karsten Schröder über „Zum Beispiel Apartheid“: Eine Anleitung für den Kampf gegen den Rassismus.

Seite 5

Dokumentation:

Die bayerische SPD hat zum Protest gegen den NPD-Bundesparteitag aufgefordert: Gegenwehr ist das Gebot der Stunde.

Seite 6

42. Jahrgang / 213

6. November 1987

Freie Waren-Märkte brauchen feste Geldbeziehungen

Anmerkungen zur Krise der internationalen Finanzmärkte

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Graf Lambsdorff fordert die Aufkündigung des Louvre-Abkommens und damit den freien Fall des Dollar. Dem Grafen gebührt die Krone, was unsinnige und die Märkte weiter chaotisierende Forderungen in diesen Tagen anbetrifft. Allerdings steht ihm - und dies ist außerordentlich gefährlich - der US-Finanzminister kaum nach.

Diese Tage zeigen, daß freie Märkte, die bei Gütern und Dienstleistungen innen und nach außen unverzichtbar und lebensnotwendig sind, bei den Devisenmärkten außerordentlich gefährlich und zerstörerisch werden können.

Es besteht immer die Gefahr, daß hektische Finanzmärkte den freien Handel zerstören. Vor dieser Gefahr stehen wir heute, und überall stehen die Protektionisten vor der Tür. Man kann auch sagen, freie Warenmärkte brauchen feste Geldbeziehungen.

Daraus folgt kurzfristig, daß das Louvre-Abkommen zur Verteidigung einer Wechselkurs-Linie erneuert werden muß. Das sollte möglichst dieses Wochenende geschehen. Es ist bedauerlich, daß Herr Stoltenberg wiederum, wie schon bei der IWF-Tagung, durch seine schleswig-holsteinischen Verwicklungen in der internatio-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemal/Verlag
mit wertvollen Rücklagen
Recycling-Papier



nalen Währungspolitik handlungsunfähig ist. Dabei zählt jeder Tag, um eine gemeinsame Verteidigungslinie bei DM 1,70 zum Dollar aufzubauen und damit Schaden für die Realwirtschaft abzuwenden.

Aus der Tatsache, daß sich freie Wechselkurse nicht bewährt haben, folgt mittelfristig, daß wir endlich zu einem System festerer und koordinierter Wechselkurse zurückkommen. Sagen wir es knapp und klar: Die Abschaffung des Systems von Bretton-Wood war ein großer Fehler. Die Hoffnung auf mehr Autonomie der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat sich nicht erfüllt. Das Gegenteil ist der Fall. Nationale und internationale Wirtschaftspolitik ist zur Gefangenen der Geld- und Währungsbewegungen geworden.

Natürlich kann man Bretton-Woods nicht schlicht wieder herstellen. Notwendig ist ein System von Zielzonen für die wichtigsten Währungen. In diesem System spielen Dollar, ECU mit seiner Leitwährung DM und Yen die dominierende Rolle. Die Intervention könnte im Grunde im Rahmen des EWS verständigt.

Die Krise der internationalen Finanzmärkte muß also gerade im Interesse eines freien Handels zu einem neuen System führen. Mit kurzfristigen Interventionen und gegenseitigen Schuldzuweisungen ist niemandem geholfen.

Allerdings bleibt die Frage: Wo ist die Regierung, die Macht und Ansehen genug hätte, um in die Fußstapfen von Präsident Roosevelt und Lord Keynes zu treten? (-/8.11.1987/vo-he/rs)

* * *



Viel Lärm um (fast) nichts

Zum Wahlrecht der im Ausland lebenden Deutschen

Von Heinrich Klein MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Fast ein Jahrzehnt lang hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Kampf ausgetragen, der schließlich - aus ihrer Sicht - zum Erfolg führte. Im 8., 9. und 10. Deutschen Bundestag stritt die Unionsfraktion dafür, Deutschen, die im Ausland leben, das Wahlrecht zu gewähren, selbst wenn sie verhältnismäßig lange das Mutterland verlassen haben und nur noch lockere Bindungen zur Bundesrepublik pflegen.

Aus guten Gründen wurde im 8. und 9. Bundestag dieser Entwurf nicht Gesetz. Erst die Wiedereingliederung brachte die Wende. CDU/CSU und FDP setzte mit dem 7. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes am 8. März 1985 durch, daß künftig auch Deutsche, die im Ausland leben und die noch nicht länger als zehn Jahre das Bundesgebiet verlassen haben, das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag erhalten.

Das politische Kalkül der Unionsparteien und der FDP war unübersehbar. In den Berechnungen der Koalitionsfraktionen zum Ausgang der Bundestagswahl 1987 spielten die Auslandsdeutschen eine nicht geringe Rolle. Man erhoffte sich wenigstens für jede der Koalitionsfraktionen ein zusätzliches Mandat.

Die Rechnung ging offenbar nicht auf.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Carl-Dieter Spranger, mußte unlängst einräumen, daß von den geschätzten 478.000 im Ausland lebenden wahlberechtigten Deutschen ganze 31.135 am 25. Januar 1987 ihr Wahlrecht zum 11. Deutschen Bundestag ausgeübt haben. Dies sind ganze 6,5 Prozent. Angesichts des erheblichen Finanzaufwandes, den sich die Bundesregierung über die deutschen Auslandsvertretungen, die Rundfunkstationen und deutschsprachige Zeitungen leistete, um den potentiellen Wahlbürgern das Wahlrecht nahezubringen, ist das tatsächliche Ergebnis kläglich.

Staatssekretär Spranger bemerkte jüngst in einer Parlamentsdiskussion, „daß das Ergebnis insgesamt für mich enttäuschend war“. Er fuhr fort, daß „diejenigen, die dieses Gesetz zu verantworten haben, sich andere Zahlen gewünscht hätten“. Fehlende Werbung für das Wahlrecht mochte indessen der Staatssekretär nicht gelten lassen. Da muß es schon Desinteresse gewesen sein, das im Ausland lebende Deutsche im Januar bewog, nicht mit dem Stimmzettel in die deutsche Innenpolitik einzugreifen.



Anders lag die Situation bei jenen Deutschen, die in den letzten zehn Jahren das Bundesgebiet verließen und in die DDR übersiedelten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes dürften dies rund 15.000 Personen sein. Freimütig bekannte das Innenministerium, daß Gespräche mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ergeben haben, daß die DDR-Regierung es diesem Personenkreis nicht gestatten wollte, an der Wahl zum Bundespapament teilzunehmen - obwohl der Paragraph 12 des Bundeswahlgesetzes diese Möglichkeit einräumte. Es ist nicht bekannt, ob es trotz dieses Verdiktes der DDR-Verantwortlichen einzelne DDR-Bürger wagten, ihr Wahlrecht im Bundesgebiet auszuüben, das ihnen das Gesetz zugesteht.

Aber auch in anderen europäischen Nachbarländern wird es nicht gern gesehen, wenn dort lebende Deutsche ihre Verbundenheit mit dem alten Heimatland durch gelegentliche Teilnahme an einer nationalen Wahl ausdrücken. Es ist bekannt, daß die Schweiz den Deutschen, die in ihrem Lande leben, erhebliche Hürden in den Weg legen, wenn sie staatsbürgerliche Rechte in der Bundesrepublik ausüben wollen.

In den Ausschußberatungen im 8., 9. und 10. Deutschen Bundestag stellten die Unionsvertreter es als brennendes Unrecht dar, daß man den im Ausland lebenden Deutschen das Wahlrecht zum nationalen Parlament nicht ermögliche. Die tatsächliche Wahlbeteiligung am 25. Januar 1987 hat dieses Unions-Pathos als hohl entlarvt. Mit dem Weggang aus der Bundesrepublik verlieren viele Deutsche auch die Bindungen an das Mutterland. Selbst wenn familiäre Bande gepflegt werden, so lockern sich doch die staatsbürgerlichen Pflichten. Trotz des erleichterten Wahlrechtes machten von 100 im Ausland lebenden Deutschen, die ein potentiellcs Wahlrecht hatten, nur knapp sieben von diesem Recht Gebrauch. Von über 90 Prozent wurde die Offerte, deutsche Politik mitzubestimmen, ausgeschlagen.

Damit ging auch die Rechnung jener Unions- und FDP-Politiker nicht auf, die sich zusätzliche Mandate im 11. Deutschen Bundestag durch das Wahlrecht der Auslandsdeutschen versprochen.

(-/6.11.1987/va-ha/rs)

* * *



REZENSION
=====Anleitung für den Kampf gegen die Apartheid

„Zum Beispiel Apartheid“. (Red.:) Ingeborg Wick. Bornhelm-Merten, Lamuv-Verlag 1987; 125 S.; DM 7,80.

Als vor einigen Jahren in der Bundesrepublik eine längst überfällige öffentliche Kampagne gegen das südafrikanische Rassisten-Regime einsetzte, zahlreiche Bürger- und Kircheninitiativen, Gewerkschaften und Politiker der SPD und der Grünen unüberhörbar internationale Sanktionen gegen Südafrika forderten, schien das Ende auch der bundesdeutschen Tolerierung für die Buren am Kap gekommen zu sein. An authentischen Informationen über die Apartheid herrschte kein Mangel und kaum ein Aspekt der Rassentrennungspolitik blieb ausgespart. Nur hartgesottene Zyniker, von denen einige in christsozialen Reihen anzutreffen sind, warben weiterhin um Verständnis für dieses Unrechtssystem. Dennoch: die Schar der Rassisten-Sympathisanten war bis auf einen harten Kern geschmolzen.

Aber ebenso gilt: die Apartheid besteht nach wie vor; Unterdrückung, Folter und auch die Zensur der Berichterstattung in Südafrika wird rücksichtsloser denn je betrieben. Das unbeschreibliche Leiden der schwarzen Bevölkerungsmehrheit dauert an, und wer zählt noch die täglichen Opfer?

Und dann noch dieses: Vor ein paar Tagen berichtete dpa, daß bundesdeutsche Geschäftsleute in Johannesburg den Geschäftsträger der Bonner Botschaft ausgebuht haben, als er dazu aufrief, die Repräsentanten der deutschen Industrie sollten ihren Beitrag zum Abbau der Apartheid leisten. Dieser Skandal braucht denn auch nicht weiter kommentiert zu werden. Aber er beweist: die Beendigung des bundesdeutschen Engagement in Südafrika darf nicht länger eine oft wiederholte Forderung bleiben, wirksame Sanktionen müssen endlich das Botha-Regime zur Abschaffung der Apartheid zwingen.

Die Forderung nach Sanktionen gegenüber Südafrika erhebt auch Ingeborg Wick, Geschäftsführerin der Anti-Apartheid-Bewegung in der Bundesrepublik, in dem von ihr zusammengestellten Taschenbuch. In dem kleinformatigen Buch werden auf rund 120 Seiten Praktiken und Auswirkungen der Rassentrennungspolitik, Formen des schwarzen Widerstandes und Beispiele bundesdeutscher Komplizenschaft mit dem Rassisten-Regime in mitunter lexikalischer Kürze dargestellt.

Das Buch bietet nicht nur eine auf den aktuellsten Stand gebrachte Zusammenstellung von Informationen über Südafrika (und Namibia), es liefert dem Leser zugleich Hinweise, was man in der Bundesrepublik gegen das Apartheid-Regime unternehmen kann. Das reicht von der Gründung einer örtlichen Aktionsgruppe, die Informationsarbeit leistet, bis hin zur Aufforderung des Boykotts südafrikanischer Früchte oder der Kündigung von Konten bei Banken, die Südafrika finanziell unterstützen. Fotos, Graphiken und Texte schwarzer Südafrikaner runden den Informationsteil ab, Anleitungen für eigene Aktionen, Kontaktadressen und Literaturhinweise erhöhen den Gebrauchswert besonders für die politische Bildungsarbeit.

Unerklärlich bleibt allerdings, warum die Autorin weder im Text noch im Literaturverzeichnis auf das unverändert aktuelle Südafrika-Buch von Günter Verheugen („Apartheid, Südafrika und die deutschen Interessen am Kap“), das im vergangenen Jahr erschien, hinweist. Denn sein materialreiches Buch bietet nach wie vor die gründlichste Bestandsaufnahme der deutsch-südafrikanischen Kooperation und die überzeugendste Argumentation für Sanktionen gegen Südafrika. Das Taschenbuch von Ingeborg Wick ist, besonders für Jugendliche, eine erste, nützliche Einführung.

Dr. Karsten Schröder

(-/6.11.1987/vo-ha/rs)

* * *



DOKUMENTATION
=====**Bayerische SPD ruft zum Protest gegen NPD-Bundesparteitag auf**

Am 14./15. November 1987 hält die „Nationaldemokratische Partei“ (NPD) in Höchststadt/Aisch ihren Bundesparteitag ab. Der bayerische SPD-Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag unterstützen das Höchststädter Bündnis gegen Neonazis und gegen den NPD-Bundesparteitag und haben alle Sozialdemokraten und „alle demokratisch gesonnenen bayerischen Bürgerinnen und Bürger“ aufgerufen, an einer „Gegenkundgebung“ des DGB teilzunehmen. Wir veröffentlichen den Aufruf im Wortlaut.

Landesvorstand und Landtagsfraktion begrüßen es, daß die Gliederungen der Partei vor Ort zusammen mit gesellschaftlichen Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften, Jugendverbänden, Ursachen und Gefahren des Rechtsextremismus diskutieren.

Die bayerische SPD sieht im unseligen Verlauf eines Teils der jüngeren deutschen Geschichte eine besondere Verpflichtung, gegen jegliche Art von Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus einzutreten. Mit großer Sorge beobachtet die bayerische SPD, daß gerade in letzter Zeit neofaschistische Ansichten wieder „salonfähig“ geworden sind. Als eine der Hauptursachen hierfür muß die von Teilen des Konservatismus geförderte Verdrängung der jüngeren deutschen Geschichte und des Nationalsozialismus genannt werden. Wenn konservative Politiker fordern, „wir müssen endlich aus dem Schatten des Dritten Reiches heraustreten“, den „aufrechten Gang“ wieder erlernen und wenn sich ein bekannter konservativer Politiker auf die „Gnade der späten Geburt“ beruft, so wird damit indirekt der Boden für verstärkte neonazistische Aktivitäten bereitet.

SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion sind der Auffassung, daß gerade jetzt die Notwendigkeit besteht, über Ursachen und Hintergründe des Faschismus zu informieren und zu diskutieren. Insbesondere Jugendliche müssen - zum Beispiel in der geplanten, von der CSU bisher leider verhinderten Internationalen Jugendbegegnungsstätte Dachau - die Möglichkeit erhalten, sich mit der Geschichte des Dritten Reiches und mit dem Neofaschismus jeglicher Prägung auseinanderzusetzen.

Die NPD propagiert Gedankengut der NSDAP, die mit Angriffskriegen, KZ und Gaskammerterrorismus unvorstellbares Leid über die Menschheit gebracht hat. Obwohl klein an Mitglieder- und Wählerzahl, darf der Neonazismus nicht unterschätzt werden. Es mehren sich die Zeichen nazistischer Umtriebe und rechtsradikaler Gewalt: jüdische Mitbürger und Ausländer werden terrorisiert, jüdische Gedenkstätten geschändet, aktive Demokraten werden bedroht, nazistische Hetzschriften und antidemokratische Literatur verbreitet. Die Neonazis schüren Ängste und Vorurteile. Wie damals gegen die Juden, so hetzen sie heute gegen ausländische Arbeitnehmer, Asylsuchende und Minderheiten. Der (organisierte) Neofaschismus verherrlicht den Nationalsozialismus und verharmlost dessen Verbrechen.

Die Reaktion auf den Tod von Hitler-Stellvertreter Heß, die Wahlerfolge der „DVU - Liste“ in Bremen und der „Republikaner“ in Bayern machen deutlich, daß die rechtsextreme Saat keimt. Die große Gefahr des Neofaschismus liegt - in einer Zeit hoher Dauerarbeitslosigkeit - in der Faszination für Jugendliche, die um ihre Zukunft fürchten müssen. Dies gibt den reaktionären Kräften Auftrieb im Kampf gegen unsere Demokratie.

Aus all diesen Gründen kann es nicht angehen, daß Veranstaltungen und Parteitage der „Ewig Gestrigen“ unwiderrprochen geduldet werden. Protest und Gegenwehr sind das Gebot der Stunde. Alle Demokraten sind zu höchster Wachsamkeit aufgerufen. Die bayerische SPD begrüßt den einstimmigen Beschluß des Höchststädter Stadtrats gegen den geplanten NPD-Parteitag in der Aischthalle und bedauert die Zulassung durch das Verwaltungsgericht Ansbach. (-/6.11.1987/vo-he/rs)

* * *

